







Die Angestelltenversicherung.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat infolgedessen einen zweifelhaften Ruf, als sie es, trotz ihres nunmehr siebenjährigen Bestehens nicht zu einer geordneten Verwaltung gebracht hat.

Nach § 188 des Versicherungsgesetzes für Angestellte soll über die eingezahlten Versicherungsbeiträge durch Marken quittiert werden. Diese Bestimmung ist jedoch niemals durchgeführt worden.

Dieser Tage haben nun die beamteten Mitglieder des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte Abänderungsvorschläge zu dem bestehenden Gesetz gemacht.

Der wichtigste Teil der Abänderungsvorschläge besteht für seine Urheber wohl darin, daß die beamteten Mitglieder des Direktoriums zunächst die im bisherigen Versicherungsgesetz für Angestellte vorgeschriebene Aufsicht der Reichsregierung beschränken und sodann mit dem mehr scheinbaren als wirklichen Mitbestimmungsrecht der Versicherten aufräumen wollen.

„Der Präsident, der Vizepräsident, die übrigen beamteten Mitglieder des Direktoriums und die sonstigen höheren planmäßigen Beamten, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes im Amte sind, gelten als auf Lebenszeit gewählt und bestellbar.“

Die Herren Direktoren und diejenigen, die in ähnlicher Rangstufe stehen, wollen also auch materiell für sich sorgen, um im übrigen ein beinahe unbefränktes Regiment über die mittleren und unteren Beamten in ihrem Betriebe auszuüben.

Höhere Beamte, denen Intarsien auf Stellen eröffnet sind, insbesondere durch Ernennung zum Regierungsassessor von Reich wegen, sind bei der Besetzung der planmäßigen Stellen zu berücksichtigen.

Die Herren Direktoren und diejenigen, die in ähnlicher Rangstufe stehen, wollen also auch materiell für sich sorgen, um im übrigen ein beinahe unbefränktes Regiment über die mittleren und unteren Beamten in ihrem Betriebe auszuüben.

Wege der Volkswohlfahrt.

Armut an Realitäten kostet auf Deutschland. Der Wille zur Sparsamkeit ist eines jeden Pflicht. Schwierig aber ist es, zu sagen, wo mit dem Sparen begonnen werden soll.

Im ersten Doppelheft der Reihe (Wege der Volkswohlfahrt) geleitet uns Wohlfahrtsminister Siegerwald durch den Aufgabenkreis seines Ministeriums und gibt damit zugleich einen wertvollen Überblick über die Aufgaben der Volkswohlfahrt an sich.

Wirtschaft

Unternehmen oder Verwaltung?

Der Professor an der Bergakademie in Clausthal, Dr. Ing. Spakeler, veröffentlicht in der „D. M. Z.“ einen Aufsatz über die Kohlensozialisierung, der mit folgenden Ausführungen schließt: Man hat den Kohlenbergbau häufig mit der Eisenbahn verwechselt, deren Staatsbetrieb sich bei verwaltungsmäßiger Wirtschaft bewährt habe.

Soll unter deutscher Verabau weiter das Wirtschaftsleben ausbreiten und Kohlenstoffe verloren, so muß dafür gesorgt werden, daß den leitenden Persönlichkeiten des Bergbaues eine Stellung gewahrt bleibt, wie sie bisher den Unternehmern zugebilligt hat.

Arbeitsgemeinschaften als Unternehmer.

Die Stadt Altona hat mit der Schaffung von Arbeitsgemeinschaften ein beachtenswertes Beispiel wirksamer Selbsthilfe gegeben. In Altona war für Notstandarbeiten die Aufstellung ausreichender Voranschläge schließlich unmöglich geworden.

Produktionkosten für Kartoffeln.

Wir erhalten folgende Einblendung: In Nr. 640 vom 2. November d. J. bringen Sie unter „Wirtschaft“ eine ausgedehnte Wiedergabe eines Artikels aus der „Zeitschrift für Spiritusindustrie“, betitelt: „Die Produktionskosten für Kartoffeln“.

Der Antrag wird abgelehnt. § 40a besagt: „Das Finanzwesen der erwerbswirtschaftlichen Unternehmungen des Staates kann durch Gesetz abweichend von den Vorschriften der Verfassung geregelt werden.“

Abg. Weisermel (Dnat. Sp.): Das Haus darf sein Kontrollrecht nicht aus der Hand geben.

Abg. Leibig (Dt. Sp.): Die Bestimmung soll die Möglichkeit schaffen, daß Kaufmännischer Geist in die Finanzverwaltung hineinkommt.

Abg. Weisermel (Dnat. Sp.): Das Parlament darf sich nicht in Details in den Gang der einzelnen Betriebe einmischen.

§ 40a wird unverändert angenommen. Ein Antrag Herz (Dnat. Sp.) auf Aufnahme einer Bestimmung in der Verfassung zur Förderung des selbständigen Mittelstandes in der Verfassung ausdrücklich festgelegt wird, wird abgelehnt.

Abg. v. Kries (Dnat. Sp.): Den Beschlüssen des Ausschusses über die Selbstverwaltung der Provinzen

stimmen wir zu. Aus grundsätzlichen Erwägungen stimmen wir gegen den § 58a, der die Wahlen zu den Provinzial-, Kreis- und Gemeinderäten regelt, eine Materie, die durch die Provinzialgesetzgebung selbst geregelt werden müßte.

Abg. v. Kries (Dem.): Ich muß gestehen, daß mich die Darlegungen des Abg. v. Kries bedenklich gemacht haben.

bezeichnet wird. Wir stehen mindestens in der zweiten Stunde. Eine kluge Politik muß dieser Reform entgegenkommen.

Parteinachrichten.

30 Jahre Breslauer „Volkswacht“.

Am 1. November konnte unser Breslauer Bruderblatt, die „Volkswacht“, auf ein dreißigjähriges Bestehen zurückblicken. Mit knapp 8000 Abonnenten begann es sein Dasein.

Demnach wird das Blatt zum ersten Male aus seiner eigenen Druckerei herauswandern.

Ihr einjähriges Bestehen feierte am 2. November die „Freie Presse“, unser Parteiorgan im Regierungsbezirk Aachen.

Zur alten Partei zurück.

Wir lesen in unserem Ränberger Parteiblatt: Am Sonntag hielten die beiden sozialdemokratischen Vereine in Achenberg eine Mitgliederversammlung ab, in welcher mit Ernst der große Wert einer reinigen geschlossenen Arbeiterschaft besprochen wurde.

Der Bezirksparteitag für das östliche Westfalen und die lipptischen Freistaaten fand am Sonntag in Salzgitter statt.





Deutsche Handelsverträge.

Dem Reichstag sind die von den betreffenden Regierungen bereits unterzeichneten Wirtschaftsverträge mit Deutsch-Osterrreich, der Tschechoslowakei und Ungarn zugegangen.

Grundlegend für beide Regierungen ist das Prinzip der wechselseitigen Reichsbegünstigung. Damit eröffnet sich die Möglichkeit des Transithandels nach Russland über die Tschechoslowakei.

Nach dem Kohlenabkommen gibt Deutschland bis zum Schluß dieses Jahres die Ausfuhr von 100.000 Tonnen monatlich Steinkohlen und Koks frei.

Das deutschösterreichische Wirtschaftsabkommen bedeutet die Wiederherstellung des alten Handelsvertrages, wozu nur noch einige besondere Abmachungen über finanzielle Fragen gekommen sind.

Das deutsch-ungarische Wirtschaftsabkommen schließt sich dem mit der Tschechoslowakei fast völlig an.

Diese Hauptverträge bedeuten einen erfreulichen Fortschritt. Der Vertrag mit der Tschechoslowakei entspricht den begrüßenswerten Ausführungen in dem Jubiläumsartikel des Außenministers Dr. Benedikt.

Die Besatzungslast.

Am Schluß der Debatte des Hauptauschusses des Reichstages, über deren Verlauf wir im gestrigen Abendblatt ausführlich berichteten, wurde bei der Abstimmung der Antrag Korrell, Haas, Pachnide, auf Herabsetzung der Besatzungsziffer und auf Verringerung der Kosten, einstimmig angenommen.

Der Ausschuß trat sodann in die Beratung des Etats des Reichsministeriums für Wiederaufbau ein. Es wurden 40 Millionen an Liebersteuerungsmaßnahmen für fertigmachende und auszuliefernde Schiffe bewilligt.

Alsdann erhaltete Dr. Reichert (Dnoll. Sp.) sein Korreferat zur Ausführung des Friedensvertrages und seiner Vorbehalte. Das Abkommen von Spa sei von tiefenschnittdieher Wirkung auf das gesamte Wirtschaftsleben.

Ministerialdirektor Dr. Fischer vom Reichsfinanzministerium erwiderte, daß seit Monaten eingehende Besprechungen unter Führung des Auswärtigen Amtes über den Aufgabekreis der Genfer Konferenz stattfänden.

Die Arbeiter spielen in Sälen, und es hat den Anschein, daß es möglich ist, durch einfache Bühnensmittel, mit Vorhängen und Scheinverletern und schlichten Dekorationsgüter Wirkungen zu erzielen.

Das Spielplan der kommenden Zeit sieht: Die Freunde von Maxim Gorki, ein Stück Sinclair, des belannten Verfassers des einzigen proletarischen Romans „Jimmie Higgins“, das neue Drama von Ernst Toller „Masse Mensch“, das Karlheinz Martin inszenieren wird unter Mitwirkung von Lila Durtew und anderen ersten Kräften.

Theater. Am Großen Schauspielhaus ist während der Sommermonate eine banale Veränderung vorgenommen worden, von der für die Wirkung des Orchesters eine wesentliche Steigerung zu erwarten ist.

Die Abonnenten des Großen Schauspielhauses werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Vorstellungsbillette des ersten Abonnementsstückes (Danton) am Donnerstag, den 4. November, mit der 30. Abteilung beendet wurde.

Musik. In dem Tschaikowsky-Abend des Hübner-Orchesters am Sonntag, den 7. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr, Bläserkonzert, mit der ersten Soloceste des Orchesters, Godfried Zeilender, als Solist mit.

Das Heinz Twardowski bringt am 12. November, abends 7 1/2 Uhr, im Saale der Berliner Sezzion Novellen des Todes von Heym und Brand zum Vortrag.

In Deutschen Opernhaus geht am Sonnabend, Figaros Hochzeit (in der Einrichtung von Direktor Georg Hartmann) zum 100. Male seit Bestehen des Theaters (1913) in Szene.

Die neuen Tuberkulose-Heilmittel werden jetzt in der Berliner Rehydrierte Gesellschaft kritisch besprochen; die Partigandehandlung von Dede und Ruch und vor allem das Friedmannsche Mittel. Die Rede, die bei den neuen Mitteln recht wenig gegenübersetzt und wodurch der übertriebene Optimismus nicht noch nicht beendet.

geben oder zerstören müssen, werde der Einflußwert der Maschinen, nicht der augenblickliche Wert eingezahlt.

Der Termin der Landtagswahlen.

Der Vorkonferenz der Preussischen Landesversammlung sagte über die Gesichtsteilung folgende Beschlüsse:

Die zweite Lesung der Verfassung wird in der laufenden Woche beendet. Die dritte Lesung der Verfassung beginnt am Montag, den 15. November. Die nächste Woche bleibt frei, um dem Hauptauschuss und dem Ausschuss für das Wahlgesetz Gelegenheit zur Arbeit zu geben.

Ausnahmezustand in Permanenz.

In der gestrigen Sitzung des Verfassungsaußenkommisses des bayerischen Landtages wurden die Anträge der Sozialdemokraten und Unabhängigen betr. Aufhebung des Ausnahmezustandes vom 4. November 1919 an von der Stimmen der Antragssteller abgelehnt.

Die Münchener Untersuchungskommission. In Ergänzung unserer Mitteilungen im gestrigen Abendblatt ist nachzutragen, daß der mit der Untersuchung der Münchener Polizeifälle beauftragte Untersuchungsaußenkommiss mit einem Stimmverhältnis von 13:2 zu einem die Schuld der Münchener Polizeiorgane verneinenden Ergebnis kam.

Die großindustriellen Kapitalschieber. In der Verhandlung gegen die wegen Kapitalflucht angeklagten Großindustriellen wurden gestern die einzelnen Angeklagten im allgemeinen zur Sache vernommen.

Ein Aufruf der französischen Bergarbeiter. Paris, 4. November. (WZ.) Der Nationalrat der französischen Bergarbeiter, der gestern seine Beratungen beendet hat, hat einen Aufruf an die gesamte französische Arbeitererschaft und die öffentliche Meinung gerichtet.

Wilson und Harding. New York, 3. November. (Z. D.) Angesichts der übermäßigen Niederlage seiner Verwaltung wird Wilson von seinen Freunden gedrängt, sich seines während des Wahlsieges 1916 gegebenen Versprechens zu erinnern, er wärde seinen gewählten Nachfolger zum Staatssekretär ernennen und dann mit dem Vizepräsidenten zu seinen Gunsten zurücktreten.

Ein obererschlesisches Urteil. Oppeln, 4. November. (WZ.) Am 17. Oktober waren im Gerichtsgebäude und in der Gasanstalt zu Ost, Kreis Gleiwitz, Maschinenwöhre und andere Waffen endtest worden.

Oberschlesische Mittelpartei. Theophil Kupka, einer der vielen ausgeschiedenen und oppositionell gewordenen Beamten Korfantys, gibt jetzt ein zweiparagisches Wochenblatt „Wola Luda - Volkswille“ heraus, das für folgendes Programm eintritt: Herstellung des Friedens und der Gleichberechtigung, Verhaftung der Deget um und ihre Unterbringung in Konzentrationslagern bis zur Abtötung.

Der Kampf um die Kaffe. Die die Demo erklärt, findet nach Mitteilung des Landgerichts I sein weiterer Termin im Rechtsstreit der beiden U.S.P.-Parteien bezüglich der Auseinandersetzung der Parteikassen und Parteibureaus statt.

Zum Streik im Textilgroßhandel. Wie zu erwarten, führten die Verhandlungen vor dem Demobilisierungskommissar zu keinem Resultat. Der Referent beim Demobilisierungskommissar, Herr Rechtsanwalt Dr. Kluchhohn, brachte es fertig, ein Angebot der Arbeitgeber zur Annahme zu empfinden, welches darauf hinauslief, den Streik abzubrochen, bevor man in Verhandlungen emträte.

und nur diesen, keine Zusage über das letzte Angebot hinaus zu machen.

Die Arbeitgeber des Textilgroßhandels sind geneigt zu diskutieren! Sie vergessen nur, daß die Kaffe durch sie in einen Kampf hineingezwungen ist, der durch Angebote solcher Art niemals beendet werden wird.

Deutschösterreichs Anschlußwille.

Am heutigen Freitag beginnt in Wien der sozialdemokratische Parteitag; ihm wird ein Antrag des gewesenen Gefandten in Berlin, Ludo Hartmann, vorliegen, den Volksentscheid für den Anschluß an Deutschland zu verlangen.

Bekanntlich hat die Nationalversammlung beschlossen, daß binnen drei Monaten nach den Wahlen das Volk über die Anschlußfrage abstimmen soll. Der Antrag Hartmanns zeigt, daß unsere Genossen an dem Willen der Christlichsozialen und der von ihnen zu bildenden Regierung zweifeln, den Beschluß der Nationalversammlung auszuführen.

Der belgische Parteitag.

Die Bedingungen für ein Verbleiben in der Koalition.

Brüssel, 4. November. (WZ.) In der vom Sozialistischen Parteitag angenommenen Tagesordnung wird zum Ausdruck gebracht, daß die Beteiligung der Arbeiterpartei an einer neuen Regierung, bestehend aus demokratischen Elementen anderer Parteien, kein Verzicht auf das sozialistische Programm oder auf einen Teil desselben bedeute.

- 1. der Paragraf über dem Streikgesetz verschwinde, der das Streikrecht hemme,
2. wenn der Staat alle Mittel anwende, um die Lebensmittellieferung zu bekämpfen.
3. wenn das Sozialreformprogramm, das die frühere Regierung angenommen habe, reiflos durchgeführt,
4. wenn das Gesetz über den Achtstundentag, das die Kammer, aber der Senat noch nicht angenommen habe, zur Anwendung gelange.
5. wenn die Militärdienstzeit nicht länger als höchstens sechs Monate dauere, und
6. wenn die Verfassungsbänderung im Sinne der Forderungen der Demokratie durchgeführt werde.

Wenn die Sozialdemokratie praktisch vor der Frage der Beteiligung an der Regierung stehe, solle nochmals ein engerer Kongress über die Lage und über die endgültige Entscheidung beschließen.

Ein Aufruf der französischen Bergarbeiter.

Paris, 4. November. (WZ.) Der Nationalrat der französischen Bergarbeiter, der gestern seine Beratungen beendet hat, hat einen Aufruf an die gesamte französische Arbeitererschaft und die öffentliche Meinung gerichtet, in dem die Bergarbeiter ihre Forderungen damit redifizierten, daß eine große Anzahl unter ihnen bei der heutigen Bezahlung ein elendes Dasein fristen müsse.

Wilson und Harding.

New York, 3. November. (Z. D.) Angesichts der übermäßigen Niederlage seiner Verwaltung wird Wilson von seinen Freunden gedrängt, sich seines während des Wahlsieges 1916 gegebenen Versprechens zu erinnern, er wärde seinen gewählten Nachfolger zum Staatssekretär ernennen und dann mit dem Vizepräsidenten zu seinen Gunsten zurücktreten.

Präsident Harding wird einen größeren Betrag für den europäischen Hilfsfonds leisten und einen Aufruf an das amerikanische Volk richten, allen leidenden Kindern im Ausland zu helfen.

Der Senat wird aus 30 Demokraten und 57 Republikanern bestehen, das Repräsentantenhaus eine republikanische Mehrheit von mindestens 60 Stimmen haben. Die Sozialisten behalten nur den einen Sig Victor Berger's aus Milwaukee, der gleichwie Debs wegen Kriegsgegnerchaft eingekerkert wurde.

New York, 1. November. (Tel. Union) Der Republikaner Calvin Colidge ist zum Vizepräsidenten gewählt worden.

Bei der Abstimmung in Kalifornien hat sich eine große Stimmenmehrheit für das Gesetz ergeben, wonach Japaner keinen Grundbesitz erwerben dürfen. - In Milwaukee wurde ein in dieser deutschen Stadt doppelt unverkennbares Gesetz gegen den deutschen Schulunterricht verworfen.

Die Suche nach den Kriegsschuldigen.

Die „Humanité“ bespricht, wie ein Telegramm des Holländischen Newsbureau meldet, die französische Ausgabe von Kautsky's Buch und sagt, daß diejenigen, die damit gerechnet hätten, nunmehr einen Beweis dafür in Händen zu haben, daß Deutschland am Kriegsausbruch Schuld sei, eine bittere Enttäuschung erleiden mußten.

Die Kritik der „Humanité“ zeigt, daß man jetzt auch in den Ententeländern nach Kriegsschuldigen zu suchen beginnt, und daß die These von der Schuld der Deutschen, die durch einen abgeschlagenen deutschen Angriff zum Ausbruch gelangt, starken Erklärungen ausgesetzt ist.

